

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich, fernsprech - Anschluss Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabensatz: Die Anzeigenpreise sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30 Goldmarken, aus anderen Gegenden 25 Goldmarken. — Die Anzeigenpreise sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30 Goldmarken, aus anderen Gegenden 25 Goldmarken. — Die Anzeigenpreise sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30 Goldmarken, aus anderen Gegenden 25 Goldmarken.

Telegramme: Auer Tageblatt. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100 Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 201

Sonntag, den 29. August 1926

21. Jahrgang

### Drei neue Noten zur Entwaffnungsfrage.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ bereits meldete, bringt nunmehr auch das „Berliner Tageblatt“ die Nachricht, daß die Vorkonferenz dem deutschen Vorkonferenz in Paris am 17. August drei Verbalnoten überreicht hat. Die Noten beschäftigen sich, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, u. a. mit den Rechtsverbänden, deren militärische Tätigkeit verboten werden soll sowie mit der vorübergehenden Einstellung von Mannschaften in die Reichswehr. Auch wird beanstandet, daß von deutscher Seite Beschwerden der Militärkontrollkommission nur schleppend berücksichtigt würden. Das Blatt betont, daß der Ton der Noten korrekt sei und nicht, wie vom „Lokalanzeiger“ gemeldet worden sei, ultimativen Charakter trage.

Eine Bearbeitung der drei neuen Entwaffnungsnoten der Vorkonferenz, die seit einer Woche in Berlin vorliegen, hat, wie der „Lokalanzeiger“ schreibt, noch nicht stattgefunden, da der Vorsitzende der deutschen Entwaffnungskommission, General von Pawels, erst gestern vom Urlaub nach Berlin zurückgekehrt ist. Ihm werde zunächst die Prüfung der Noten obliegen. Jedenfalls seien, nach der „Täglichen Rundschau“, wesentliche Differenzen bezüglich der Abrüstung Deutschlands nicht mehr vorhanden, und was davon vorhanden sei, werde bis zum Eintreten Deutschlands in den Völkerbund erledigt sein. Im Gegensatz dazu verzeichnet der „Vorwärts“ die Möglichkeit, daß über den Inhalt der Noten in Genf gesprochen werde.

### Wiederaufnahme des Dienstes nach Togo und Kamerun.

Hamburg, 27. Aug. Mit dem Inkrafttreten des deutsch-französischen Handelsvertrages werden die deutschen Schiffe wieder die Häfen der unter dem französischen Mandat stehenden Teile von Togo und Kamerun geöffnet und damit wird es endlich wieder möglich, mit deutschen Schiffen nach diesen bisher Deutschland verschlossenen Häfen zu reisen und Güter zu verladen. In Betracht kommen die Hauptseehäfen von Togo bzw. Kamerun, Lome und Duala, die wieder in den Fahrplan der deutschen Afrika-Linien (Boermannlinie, Deutsche Ostafrika-Linie Hamburg-Amerikanische-Rederei- und Hamburg-Bremer Afrika-Linie) aufgenommen sind; diese Häfen sollen zunächst monatlich einmal angelaufen werden, Lome wird zuerst durch den Dampfer Walsura der Boermann-Linie, der am 10. September Hamburg verläßt, und Duala durch den Dampfer Ursfried der Hamburg-Bremer Afrika-Linie, der am 15. September Hamburg verläßt, angelaufen werden.

### Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Japan.

Berlin, 27. Aug. Nachdem durch Abschluß eines Abkommens zwischen der J. G. Farbenindustrie und Japan über die Behandlung der deutschen Farbensubstanz die Hauptschwierigkeit der deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen beseitigt ist, besteht auf allen Seiten der Wunsch, die Verhandlungen über den Handelsvertrag nunmehr baldmöglichst zu Ende zu führen. Da hierzu noch eingehende Besprechungen mit den beteiligten Stellen notwendig sind, wird der deutsche Vorkonferenz in Tokio, Dr. Solf, im September in Berlin eintreffen, um über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mündlich zu berichten und die Grundlage für die Weiterführung der Verhandlungen zu erörtern.

### Das Problem der ausgesteuerten Erwerbslosen.

In gewerkschaftlichen Kreisen wird damit gerechnet, daß bis Ende dieses Jahres mehrere hunderttausend Arbeitslose aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung ausgeschieden werden, da sie länger als 52 Wochen die gesetzliche Unterstützung beziehen. Die ausgesteuerten Erwerbslosen werden im allgemeinen der kommunalen Wohlfahrtspflege überwiesen. Gewerkschaften und Kommunen sind nun darüber beunruhigt, daß die Finanzkraft zahlreicher Gemeinden für Unterstützung der ihrer Fürsorge anheimfallenden Erwerbslosen nicht ausreicht. Wie das „Tageblatt“ mitteilt, beantragen daher die Gewerkschaften und zahlreiche Kommunalverbände die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung über die bisher gültigen 52 Wochen hinaus.

### Verhaftung eines Fememörders in Sizilien.

Rom, 27. Aug. In einer kleinen Pension in Taormina ist ein junger Deutscher verhaftet worden, der sich dort seit Monaten unter dem falschen Namen Kurt Wille aufhielt. Der Verhaftete ist der seit langem redaktionell wegen Fememordes an dem Feldwebel Wilmis geführte Unteroffizier Klein. Wilmis war im Juni 1923 aus der Havel gezogen worden. Sein Körper war mit Eisenstücken beschwert.

### Haltloses Gerücht.

Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist die von der „Chicago Tribune“ verbreitete Meldung, wonach angeblich in Deutschland Unterseeboote gebaut werden sollen oder Deutschland in Holland Unterseeboote bauen läßt, durchaus falsch. Es sei in dieser Angelegenheit auch nicht, wie die „Chicago Tribune“ gemeldet hatte, eine Note an die Deutsche Regierung gerichtet worden.

### Neuer Konflikt Mukden-Moskau.

Die „Rostische Zeitung“ meldet aus Mukden: In den Beziehungen des Marschalls Tschangshou zu Moskau ist erneut ein schwerer Konflikt ausgebrochen, der wieder die ostchinesische Bahn betrifft. Tschangshou behauptet, daß die Russen das Hafeneigentum der chinesischen Ostbahn sich widerrechtlich angeeignet und bisher nicht wieder zurückgegeben haben. Da die Verhandlungen mit Moskau zu keinem Ergebnis geführt haben, hat der mandchurische Marschall nunmehr die gesamte russische Sungari-Route konfiszieren lassen. Der Sungari ist der rechte Nebenfluß des Amur und die Hauptverkehrsader des Landes.

### Die russisch-polnischen Beziehungen.

Moskau, 27. Aug. Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht folgende amtliche Meldung: Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion in Warschau überreichte in diesen Tagen dem polnischen Minister des Auswärtigen den Entwurf eines Garantievertrages, in dem festgelegt werden soll: Beiderseitige Enthaltung von jedem aggressiven Vorgehen, Verpflichtung beider Parteien, im Falle eines Angriffes gegen die andere Partei Neutralität zu wahren, Nichtteilnahme an gegen die andere Partei gerichteten Abkommen politischen oder wirtschaftlichen Charakters, Entscheidung etwaiger Streitfragen durch eine gemischte Einigungskommission. Die Sowjetregierung sprach den Wunsch aus, daß der Vertrag während des für August geplanten Besuches Galeskis in Moskau, der den vorjährigen Besuch Tschichserins in Warschau erwidern soll, unterzeichnet werde, jedoch fand dieser Vorschlag bei der polnischen Regierung keinen Anklang. Dieser Gegenbesuch sollte bereits im Mai stattfinden, wurde jedoch infolge des Umsturzes in Polen aufgeschoben. Gegenwärtig ist der Gegenbesuch Galeskis, da Tschichserin zurzeit leidend ist, auf den Spätherbst verlegt worden.

### Russisch-finnländische Verhandlungen über einen Garantiepakt.

Helsingfors, 27. Aug. Gestern begannen hier Verhandlungen zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Sowjetunion und Vertretern des finnländischen Ministeriums des Auswärtigen über den Abschluß eines Garantiepaktes.

### Vollstreckung der Todesurteile in Angola.

Angora, 27. Aug. Die vom Unabhängigkeitsgericht in dem Hochverratsprozeß gegen Mitglieder der Unionistischen Partei zum Tode verurteilten Dschabid Bey, Nazim Bey, Nail Bey und Hilmi Bey sind hingerichtet worden.

In Ergänzung der gestrigen Meldung über die vier Todesurteile im Hochverratsprozeß ist nachzutragen, daß das Unabhängigkeitsgericht den Abgeordneten von Stambul Kauf, den früheren Gouverneur von Smyrna Rahmi, drei frühere Sekretäre der Unionistischen Partei und zwei Helfershelfer zu zehn Jahren Gefängnis verurteilte. 37 andere Angeklagte wurden freigesprochen.

### Aberreichung der bulgarischen Antwortnote an Jugoslawien, Griechenland und Rumänien.

Sofia, 27. Aug. Auf die gemeinsame Note der Vertreter Jugoslawiens, Griechenlands und Rumäniens wurde heute eine gleichlautende Antwort überreicht. Die Veröffentlichung dieser Antwort wird erfolgen, sobald der Wortlaut des Schriftstückes zur Kenntnis der beteiligten Regierungen gebracht sein wird.

### Dawesplan und Reichsbahn.

Am 1. September beginnt das dritte Dawesjahr. Aus den Veröffentlichungen des Generalagenten Parker Gilbert wissen wir, daß Deutschland seinen Verpflichtungen mit peinlicher Zuverlässigkeit nachkommt. Am 1. Oktober ds. Js. beginnt aber auch das dritte Geschäftsjahr der Reichsbahn. Sie ist nun einmal als Tragsäule des Dawesplanes bestellt worden, wobei die Verfasser des Planes von Voraussetzungen ausgingen, die durch die Verhältnisse und durch die Entwicklung völlig überholt waren. Weil die deutschen Eisenbahnen insgesamt vor dem Kriege einen Betriebsüberschuß von über einer Milliarde Goldmark erbrachten, wurde angenommen, daß diese Milliarde unter normalen Verhältnissen heute noch herauszuwirtschaften sei. Es kommt nur darauf an, was unter „normalen Verhältnissen“ verstanden wird. Die deutschen Eisenbahnen sind in den Kriegs- und Nachkriegsjahren in starkem Maße in Anspruch genommen worden. Das Geschäftsjahr der Reichsbahn für das erste Geschäftsjahr. Es läge nun nahe, schon aus Gründen der Betriebssicherheit den Oberbau so wiederherzustellen, daß er jeder Belastung gewachsen ist. Tatsache ist jedoch, daß schwere und schwerste Lokomotiven und Züge heute die Reichsbahnstrecken nicht befahren können, weil der Oberbau dieser Belastung nicht gewachsen ist. Aus dem Bericht der Reichsbahn-Gesellschaft ist weiter zu ersehen, daß sie in ihrem ersten Geschäftsjahr 1,8 Milliarden Reichsmark für sachliche Ausgaben aufwenden konnte, — darunter für Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen etwas über 800 Millionen Mark. Bei einem Bahnnetz von 52 000 Kilometern ist das verhältnismäßig wenig. Auf den Bahnkilometer kommen im Durchschnitt 11 750 Mark Unterhaltungskosten. Unter Berücksichtigung des Geldwertes ist das nicht mehr, sondern weniger, als beispielsweise vor dem Kriege von der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft für den Bahnkilometer aufgewandt wurde. Das Bahnnetz der preussisch-hessischen Gemeinschaft betrug 39 000 Kilometer. Für Unterhalt und Erneuerung der baulichen Anlagen wurden 1918 rund 200 Millionen Mark ausgegeben, was auf den Kilometer etwa 7400 Mark ausmachte. Zu beachten ist dabei, daß die preussisch-hessische Gemeinschaft diese Ausgabe Jahr für Jahr leistete, und daß sie damit den Oberbau in vorzüglicher Verfassung hielt. Sonst hätte er die starke Belastung während des Krieges nicht durchhalten können. Anders liegen die Dinge bei der Reichsbahn. Die Leistung weiß, daß nicht alles bei den baulichen Anlagen ist, wie es sein sollte. Aber durch den Dawesplan sind ihr die Hände gebunden. Und die er Dawesplan bestimmt, daß die Reichsbahn aus ihren Einnahmen den Zinsendienst der Eisenbahnobligationen vorweg sicherstellen muß. Rund 800 Millionen Mark sind dafür erforderlich, eine Summe, die, wenn sie einige Jahre für Instandsetzungen verwandt wird, ausreichen würde, um das gesamte Schienenmaterial der Reichsbahn zu erneuern. Wenn die Reichsbahn diese Summen der deutschen Wirtschaft wieder zuwenden könnte, so würde das ganz anders auf die Wirtschaftsdpression wirken als alle Kostensenkungsmaßnahmen der Reichs- und Länderregierungen. Es mag sein, daß der schwere Eisenbahnunfall bei Lehr auf Wahnrevel zurückzuführen ist. Das ändert nichts daran, daß das deutsche Volk alle Ursache hat, zu fordern, daß mit den Einnahmen der Reichsbahn zunächst einmal die unbedingte Betriebssicherheit auf allen Bahnstrecken hergestellt wird. Es darf keinen Unterschied zwischen guten und schlechten Strecken geben. Es darf auch nicht sein, daß Menschenleben gefährdet sind, weil die unbedingte Sicherheit für die baulichen Anlagen der Reichsbahn fehlt. Sobald der Oberbau der Reichsbahn wieder in der Verfassung ist, in der er vor dem Kriege war, läßt sich nicht dagegen einwenden, wenn die Reichsbahn dann die Tributzahlungen auf Grund des Dawesplanes wieder aufnimmt. Müssen sich wirklich erst schwere Unfälle ereignen, müssen Menschenleben dauernd in Gefahr sein, bis die Erkenntnis Tat wird, daß die Reichsbahnen ihre Einnahmen für die Erneuerung und Ergänzung der hart mitgenommenen baulichen Anlagen braucht?

### Verbot des Parteitags des Saues Rheinpfalz der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

München, 27. Aug. Wie der „Bölkische Beobachter“ meldet, ist der Pfälzische Landesparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der die den 4. und 5. September nach Bad Dürkheim einberufen war, verboten worden.

### Besprechungen bei Poincaré und Briand.

Paris, 27. Aug. Ministerpräsident Poincaré hat heute mit dem polnischen Außenminister Galeski verhandelt. Außenminister Briand hatte Besprechungen mit den französischen Vorkonferenzen in London und Rom und empfing den bulgarischen Finanzminister.

### Der Nachfolger de Jouvenel.

Paris, 27. Aug. Zum Nachfolger de Jouvenel als französischer Oberkommissar in Syrien wurde der Direktor der Abteilung Afrika und Levante im Außenministerium Poussot bestimmt, der bei den Friedensverhandlungen mit Abd el Krim eine Rolle spielte.